

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4590. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4590

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelspalte oder deren Raum 1.90 M., bei Plakatschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelspalte 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Der Parteitag auf 12. Oktober verlegt.

Früherer Termin des Haller Parteitags.

Mit Rücksicht auf die politische Situation und viele brennenden wirtschaftlichen und politischen Fragen, sowie mit Rücksicht darauf, daß der Reichstag bereits am 18. Oktober zusammentritt, hat das Zentralkomitee beschlossen, den **Parteitag auf Dienstag, den 12. Oktober**, einzuberufen.

Wir sind überzeugt, daß die Parteigenossen es mit Freuden begrüßen werden, wenn bereits vor dem Zusammentritt des Reichstags eine Klärung innerhalb der Partei geschaffen und dadurch die Möglichkeit einer intensiven Arbeit im Lande und auch im Reichstag gegeben ist.

Die Tagesordnung lautet unverändert:

- Bericht der Zentralführung.**
Berichterstatterin: Luise Ziehl.
- Bericht der Kontrollkommission.**
Berichterstatter: Wilhelm Vock.
- Die kommunistische Internationale und die Aufnahmebedingungen.**
Berichterstatter: Crispian, Däumig, Dillmann und Stoeker.
- Neuwahlen.**

Die Wahl der Delegierten erfolgt nach folgenden, auf dem Leipziger Parteitag festgelegten Bestimmungen:

Der Parteitag setzt sich aus Delegierten der Organisationen zusammen. Der nächste Parteitag darf nicht mehr als 400 Delegierte umfassen. Die Zahl der auf den einzelnen Bezirk entfallenden Delegierten wird im Verhältnis der Gesamtzahl der Mitglieder des Reichs von der Zentralführung nach den am letzten Vierteljahresschluß vorhandenen Mitglieder, für die Beiträge gezahlt und an die Zentralführung anteilig abgeführt worden sind, festgesetzt. Entfällt auf einen Bezirk nicht die Zahl der Mitglieder für einen Delegierten, so steht ihm dennoch die Wahl eines Delegierten zu.

In den Bezirken sind die weiblichen Mitglieder im Verhältnis ihrer Zahl bei der Wahl der Delegierten zu berücksichtigen. Beschlußrecht auf dem Parteitag haben nur die Delegierten.

Als letzten Tag, an dem die bis zum 1. Juli 1920 fällig gewordenen Beiträge samt den ordnungsgemäß von den Revistoren geprüften und unterschriebenen Abrechnungen beim Zentralkomitee eingegangen sein müssen, bestimmte das Zentralkomitee Donnerstag, den 23. September 1920.

Zu weiteren bringt das Zentralkomitee folgende Bestimmungen unseres Organisationsstatuts in Erinnerung:

Urwahl. Um das Schwergewicht der politischen Aktion in die Massen zu verlegen, ist bei allen wichtigen Entscheidungen, die die Haltung der Partei für längere Zeit festlegen, Urabstimmung herbeizuführen, vorausgesetzt, daß die technischen Möglichkeiten dazu vorhanden sind.

Die Genossen werden aufgefordert, bei der Wahl der Delegierten dementsprechend zu verfahren.

Die Wahl ist nach dem Verhältniswahlrecht vorzunehmen, damit Mehrheit und Minderheit, die sich in der Frage der Internationale in den einzelnen Bezirken gebildet haben, auf dem Parteitage ihrer Stärke entsprechend vertreten sind.

Berlin, 16. September 1920.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Das Zentralkomitee schlägt nicht allein die Urwahl der Parteitage-Delegierten, sondern auch die Verhältniswahl vor. Das bedeutet, daß Listen der beiden Richtungen für und wider die Moskauer Bedingungen aufzustellen sind. Jeder Kandidat hätte dann vor der Wahl eine Erklärung abzugeben, zu welcher Richtung er sich bekennt. Die Vorbereitungen für die Delegiertenwahl müssen jetzt schnell getroffen werden. Denn der Parteitag tritt schon in 3 1/2 Wochen zusammen.

Bedenklich ist dabei, daß wahrscheinlich nicht alle Organisationen nach diesem Verfahren ihre Delegierten wählen werden, da das Zentralkomitee es nicht anordnet, sondern nur empfiehlt kann. So ist es möglich, daß aus einigen Bezirken nur die Vertreter der Mehrheit kommen, während andre auch ihre Minder-

heiten bei der Delegation bedenken. So würde das Stärkenverhältnis der Richtungen in der Partei wiederum nicht gerecht zum Ausdruck kommen. Die Organisationskommissionen werden diese Seite der Sache wohl überlegen müssen!

Kamenew über Lloyd Georges russische Politik.

Berlin, 17. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Frankfurter Zeitung meldet unterm 16. September: Der aus London in Stockholm eingetroffene politische Vertreter der Sowjetregierung, Kamenew, erklärte dem Korrespondenten der Frankfurter Zeitung in einer Unterredung folgendes:

Meine Reise nach Moskau war schon lange vor der letzten Aussprache mit Lloyd George beschlossen. Ich hielt es für notwendig, der Sowjetregierung mündlich einwandfrei über die englische Politik zu berichten. Die Haltung Lloyd Georges gegenüber Rußland kann gekennzeichnet werden als grundsätzliche Politik, die je nach Erfolg oder Misserfolg der Bolschewisten hin und her schwankt. Zweierlei Umstände sind es eigentlich, die England bestimmen, Frieden mit Rußland zu schließen: einmal die innerpolitische Tatsache, daß die Arbeiter und Geschäftsleute es fordern und auch der Bürgerkrieg in Island es wünschenswert macht, lobann die Rücksicht auf die bedrohte Stellung Englands im vorderen Orient und in Indien. Eine Zeitlang stand Lloyd George stark unter dem Einfluß dieser Tatsachen. Zur Zeit befindet er sich wieder vollkommen im Scheitelpunkt der abenteuerlichen Politik Frankreichs. Dieses will in ständiger Angst vor Deutschland und unter dem Einfluß seiner Militärclique Rußland unbedingt zu seinem Verbündeten und Gegner Deutschlands machen. Die französische Regierung weiß genau, daß die Sowjetregierung niemals für eine solche Politik in Frage kommen kann. Frankreich unterhält Brangel und Leute ähnlichen Kalibers. Im nächsten Frühjahr wird man sehen, was aus diesen französischen Hoffnungen geworden ist. Polen ist für Frankreich nur der „Ersatzbeleg“. Wenn es gelang, Rußland wieder als Bundesgenossen und Helfer zu bekommen, so würde ihm natürlich Polen ohne weiteres geopfert werden. Seit dem Rückzug der Bolschewisten von Warschau spielen sich die Franzosen als überlegene Kenner des Ostens auf und treiben in außenpolitischen Fragen eine recht unsichere Scheitelpolitik. Lloyd George hat sich davon mächtig beeinflussen lassen. Er will jetzt von einem Frieden mit Rußland und einer Anerkennung der Sowjetregierung nichts mehr wissen, möchte aber doch nicht die Möglichkeit des Handelsaustausches preisgeben. Deshalb ist auch Krasin noch in London. Wenn Lloyd George kurz vor meiner Abreise gegen mich Vorwürfe wegen angeblicher Propaganda erhob, so waren das nur Vorwände, die verossen machen sollten, daß er weder Frieden schließen noch die Sowjetregierung anerkennen will. Die Moskauer Regierung muß jetzt entscheiden, ob sie es als zweckmäßig erachtet, einen politischen Vertreter in London zu halten. Grundsätzlich steht meiner Rückkehr oder aber der Entsendung eines andern Vertreters nach London nichts im Wege.

Eine klägliche Halbheit.

Kontingentierte Einreise-Erlaubnis für die russische Gewerkschaftsdelegation.

Der Vorwärts erfährt von unterrichteter Seite, daß außer den zwei Mitgliedern der russischen Gewerkschaftsdelegation, denen die Einreise bereits gestattet worden war, vier weiteren Mitgliedern der Delegation die Erlaubnis zur Einreise durch Kabinetsbeschluss erteilt worden ist. Die Namen dieser Mitglieder lauten: Lebedeff, Kijllef, Lawrentiew, Antoshkin. Dem die Delegation begleitenden Hilfspersonal sowie sieben weiteren Mitgliedern der Delegation ist die Einreise nicht freigegeben worden.

Diese Kontingentierung der Einreiseerlaubnis fordert den Spott geradezu heraus. Man sieht die schlotternde Angst vor den russischen Bolschewisten hinter dem jauchervollen Beschluss. Er ist aber nicht bloß lächerlich, er ist nicht weniger empörend und verderblich. Es ist ein Schlag ins Gesicht der deutschen Arbeiterkraft und eine Bräufierung Rußlands, ein Musterbeispiel einer Regierungsführung, wie sie nicht sein soll, die alle vor den Kopf schlägt, weil sie sich nicht reinlich zu entscheiden wagt.

Die Nationalversammlungskandidaten der österreichischen Sozialdemokratie.

Berlin, 17. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Vorwärts bringt eine Kandidatenliste der Sozialdemokratischen Partei für die bevorstehenden Neuwahlen zur österreichischen Nationalversammlung. Fast überall stehen die führenden Gewerkschafter mit an erster Stelle. Wenn mancher auch in Deutschland bekannte Genosse in dieser Liste fehlt, so deshalb, weil nach Parteibeschluß Bürgermeister, Landesauschüsse usw. nicht durch Reichsmandate ihrer Tätigkeit in der Selbstverwaltung entzogen werden sollen.

Die Lehren des Generalstreiks in Württemberg.

Von Paul Haase, Stuttgart.

In Württemberg wurde eine Bewegung durchgeführt, die allgemeine Beachtung verdient. Dieser Kampf war symptomatisch für den gegenwärtigen Stand der deutschen Arbeiterbewegung. Wenn die Lehren, die er zeitigte, beachtet und auch beherzigt werden, so wird er keine Schlappe für das Proletariat gewesen sein.

Im Vordergrund des Kampfes, als der intellektuelle Urheber, steht die Daimler-Motoren-Werkzeugmaschinen-Gesellschaft Stuttgart-Unterföhrheim. Von dieser Firma ging die Provokation aus, wurden die Arbeitermassen zum Kampf gestellt und zwar so geschickt, daß es ein Ausweichen nicht mehr gab. Daimler hat es verstanden, die Wirtschaftskrise, die politische Situation und die Wirren in der Arbeiterschaft seinen reaktionären Absichten dienlich zu machen. Bis ins kleinste waren die Pläne vorbereitet und es hat alles geklappt. Das Proletariat redete, jankte und stritt sich; um des Kaisers Bart und die Reaktion ging inzwischen zu Taten über. Von der Reaktion müssen wir lernen.

Es wird heute viel darüber gestritten, ob dieser Generalstreik zu vermeiden gewesen wäre. Als Antwort auf den Gewaltschlag der Unternehmer und der, jeder Gerechtigkeit höhnpfehenden Haltung der württembergischen Regierung, war die Anwendung des schärfsten Kampfmittels unvermeidbar. Als Unternehmertum und Regierung zur Offensive gegen die Arbeiterschaft überging, gab es kein Zaudern und Erwägen, es mußte gehandelt und mit den schärfsten Mitteln der Gegenschlag geführt werden. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der Gegenschlag fehlging.

Wenn aber auch in der entscheidenden Stunde die Stuttgarter Arbeiterschaft in der Notwehr handeln mußte — ob die Abwehr richtig geleitet wurde, ist ein Punkt für sich — so hat sie doch durch ihr Verhalten vor dem Kampfe gesündigt, zum mindesten daß sie der Reaktion ihre Geschäfte und Pläne ungeheuer leicht gemacht.

Der Steuerabzug spielt in der Vorgeschichte eine Rolle. Er löste in Württemberg eine scharfe Opposition aus. Die Abneigung trat besonders scharf in Erscheinung, weil der Sprung von der früheren württembergischen Steuerleistung bis zum 10prozentigen Abzug höher war als in andern Gegenden Deutschlands. Aufreißend wirkte der Beschluß der württembergischen Metallindustriellen, keinerlei Lohnerböhrungen mehr zu bewilligen, auf die Massen. In den Betrieben wurde der Steuerabzug verweigert unter der Begründung, er sei zu hoch und könne unter den herrschenden Verhältnissen von der Arbeiterschaft nicht getragen werden. Die Unternehmer, besonders der Direktor des Daimler-Werks, erklärten den Arbeitervertretern: jawohl, die Steuern sind zu hoch, sind ungerecht und der Protest der Arbeiter ist voll berechtigt. Durch derartige Ermunterungen gestärkt, ging die Arbeiterschaft in ihren Forderungen weiter. Wo schon vom Lohn Abzüge gemacht waren, wurde die Rückzahlung gefordert und bewilligt. Die Reaktionen schürten und warteten der Stunde, die ihren Sieg bringen sollte. Diese Symptome wurden von der großen Masse nicht beachtet.

Es wird versucht, die Verweigerung des Steuerabzugs als kommunistische Macho hinzustellen; das ist nicht zutreffend. Es ist festgelegt, daß Betriebe mit mehrheitssozialistisch gesinnter Belegschaft am schärfsten für die Verweigerung eintraten. Wenn schon die Arbeiterschaft auf den Reim getrocknet ist, dann ist sie es ohne Unterschied der Parteien.

Den Genossen der U.S.D. war es gelungen, nach und nach über das Unzumutbare der Verweigerung Aufklärung zu schaffen. Die ganze Frage wurde auf ein anderes Geleise geleitet und bei gutem Willen der Regierung konnte die Sache aus der Welt geschafft werden.

Da traten neue Komplikationen ein, die die Situation verschärften. Rußland stand vor den Toren Warshaus. Die Sowjetmacht war siegreich. Die Begeisterung kannte keine Grenzen und ging mit der klaren Vernunft durch. Die deutschen Kommunisten waren aus dem Häuschen, sie schleuderten ihre Parole: Wählt politische Arbeiterräte ins Land. Ihre Agitatoren predigten mit schwärmerischer Inbrunst vom bevorstehenden Sieg der Weltrevolution. Eine Stimmung wurde erzeugt, die bei den Proletariermassen den Glauben weckte, wir brauchen nur zu wollen und der große Wurf gelingt. Der Steuerabzug war vergesen, Arbeiterräte wurden gewählt. Das Für und Wider die Räte trennte scharf die Geister und — als am nächsten Morgen die Arbeiter ahnungslos nach den Großbetrieben pilgerten, grüßten ihnen Neudeutschlands Kulturplakate entgegen: „Wer weiter geht, wird erschossen.“ Das revolutionäre Rückgrat Stuttgarts war ge-